

Wilsdruffer Tageblatt

Jernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Abheben täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Abbestellung monatlich 20, durch unsere Vertreter gegen Vorlage der Gelder monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierteljährlich 50, mit Zustellungsgeld. Alle Postämter und Postboten sowie unsere Vertreter und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Empfänger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interessengeld 20. Für die 6 wöchentlichen Ausgaben über deren Namen, Namen, die 2 wöchentlichen Ausgaben 20. Bei Überzahlung und Jahresauftrag anlassender Preisänderung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 wöchentlichen Ausgaben 50 Pfg. Anzeigenpreise sind verhältnismäßig so hoch, wie die Möglichkeit der durch Inserat übermittelten Einzeln übersehen mit dem Charakter. Jeder Anzeigenspruch ist, wenn der Betrag durch Kasse eingezahlt werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung stellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rößig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 209

Donnerstag den 7. September 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der zwischen Stinnes und Lubersac abgeschlossene Lieferungsvertrag für Baumaterial für die zerstörten Gebiete Frankreichs sieht u. a. die Freigabe eines Teiles der deutschen Kohlenlieferungen an die Entente vor.
- Die Verhandlungen der Spitzenorganisationen mit der Reichsregierung führten zu einer Einigung über eine 3prozentige Erhöhung der Gehälter.
- Der auswärtige Ausschuss des Reichstages tritt am Freitag zu einer Besprechung der politischen Lage zusammen.
- Die deutschen Zeitungsverleger haben eine Protestresolution gegen ungerichtete Preisverhöbe beschlossen.
- Die Türken haben die Stadt Brussa am Marmarameer angenommen. Die Griechen erbat die Vermittlung eines Waffenstillstandes durch die Alliierten.

Der Stinnes-Vertrag.

In dem Augenblick, da in Berlin die Verhandlungen mit den belgischen Bevollmächtigten über die Garantieleistung für die von Deutschland auszustellenden Schatzscheine beginnen sollen, ist die Welt durch die Bekanntmachung eines Privatvertrages überrascht worden, den Herr Hugo Stinnes mit dem Vorsitzenden des Verbandes der Geschädigten in den zerstörten Provinzen Frankreichs geschlossen hat. Die Initiative zu diesem Vertrage scheint von französischer Seite ausgegangen zu sein, denn Herr Stinnes empfing den Besuch des Marquis de Lubersac am 14. August auf der Heimburg am Rhein und war von diesem durch eine bewegliche Schilderung der Nöte in der sich die obdachlosen französischen Geschädigten noch heute befinden, für den Gedanken eines unmittelbaren Eingreifens einflussreicher Privatkräfte gewonnen worden.

Danach soll die deutsche Privatindustrie die Wiederherstellung des zerstörten Gebietes in die Hand nehmen, nicht in der Weise, daß das Wiesbadener Abkommen beiseitegeschoben würde, sondern so, daß es vielmehr durch ihre Mitwirkung wirksam gemacht und überhaupt erst mit schaffen dem Leben ausgefüllt werden kann. Die Geschädigten hätten die Erfahrung gemacht, daß auch der Wiesbadener Vertrag sie nur allmählich und nur sehr bedingt zu ihrem Recht kommen lassen würde; deswegen suchten sie nach einer Möglichkeit, mit der deutschen Privatindustrie in direkte Fühlung zu kommen, und dabei sich ihnen Herr Stinnes als die nächste, und wie die Dinge liegen, ansichtsvoollste Adresse. Ein gleicher Versuch, mit August Thibben in Verbindung zu kommen, blieb ohne Erfolg. Durch Stinnes wurde, um etwaige Widerstände von englischer Seite von vornherein auszuscheiden, der britische Premierminister Lloyd George unmittelbar von dem in Gang gekommenen Plänen unterrichtet.

Das nun zustandgekommene Privatabkommen trägt einen rein wirtschaftlichen Charakter. Auf deutscher Seite wird die „Aktiengesellschaft für Kohlen- und Tiefbauten“ in Essen mit der Ausführung des Vertrages beauftragt. Sie übernimmt alle Aufträge und Lieferungen und wird dafür mit einem Aufschlag, der in keinem Falle 6 Prozent des Preises übersteigen darf, den sie in Deutschland für die gekaufte Ware bezahlt hat, entschädigt. Wichtig ist vor allem, daß der Vertrag die Freigabe eines bestimmten Prozentsatzes der monatlich von Deutschland an Frankreich zu liefernden Kohlenmenge für die verstärkte Verfertigung von Wiederaufbaumaterialien vorsieht. Die Verteilung dieser Kohlen auf die verschiedenen Betriebe soll Sache der Firma Hugo Stinnes in Verbindung mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat sein. Die freigegebene Kohle soll selbstverständlich einzig und allein für die Verstärkung der Erzeugung von Sachlieferungen der ausbedingten Art Verwendung finden. Die Franzosen entsenden Aufsichtsratsbeamte nach Deutschland zwecks Kontrolle der deutschen Lieferungen, wofür ausgemacht wird, daß kontrollierte Lieferungen nicht mehr rückgängig gemacht werden dürfen. Die deutsche Industrie entsendet ihrerseits Angestellte nach den zerstörten Gebieten, um dort ebenfalls eine Kontrolle über die Verwendung der Sachlieferungen ausüben zu lassen. Der Preis der deutschen Materialien darf nicht denjenigen der vom französischen Markt gelieferten Materialien übersteigen; die Verrechnung übernimmt die Dresdner Bank, mit der sich wohl die übrigen großen Banken für diesen Zweck zusammenschließen werden. Marquis de Lubersac hat eine Besichtigung der zerstörten Gebiete durch die führenden Persönlichkeiten der französischen Industrie in Aussicht genommen, zu der auch die namhaftesten Vertreter der deutschen Industrie zugezogen werden sollen. Daß hier die Gelegenheit zu einer vertraulichen Fühlung zwischen den deutschen und den französischen Industriellen gegeben sein kann, versteht sich von selbst; ebenso, daß von einer solchen Zusammenkunft möglicherweise auch politische Wirkungen ausgehen können. Von deutscher Seite ist jedenfalls dem französischen Unterhändler gar kein Zweifel darüber gelassen worden, daß unter dem Druck von Sanktionen und Retoriken sowie bei dauernder militärischer Besetzung des linksrheinischen Gebietes derartige Abmachungen nicht durchführbar sind. Man weiß sehr gut, daß die französische Industrie für sich allein den Aufgaben, die der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete an sie stellen würde, nicht gewachsen ist, und ebenso, daß eine weitere Verzögerung des Wiederaufbaus das Eindringen bolschewistischer Strömungen nach Frankreich befördert. Diese Tatsachen stärken die Stellung des deutschen Vertragsteils gegenüber französischen Anschuldigungen, die gewiß nicht ausbleiben werden, mit denen aber sicherlich beim Abschluß des Vertrages von beiden Seiten gerechnet worden ist.

Anschuldigungen des Vertrages werden auch in Deutschland und wahrheitsgemäß auch außerhalb der beiden unmittelbar beteiligten Länder nicht ausbleiben. Die Reichsregierung insbesondere wird sorgfältig zu prüfen haben, wie weit nicht etwa eigene Pläne, die sie verfolgt, durch den Vertrag vom 14. August behindert werden, und ebenso, ob sein Inhalt mit den Gesamtrücksichten, die unsere politische und wirtschaftliche Lage erfordert, im Einklang steht. In jedem Falle aber darf man der Initiative der beiden führenden Männer, die sich hier zusammengesunden haben, nachrühmen, daß sie die leidige Wiederaufbaufrage, die bisher zum Unglück der betroffenen Bewohner nicht vom Friede kommen wollte, endlich in ein Erfolgs versprechendes Fahrwasser gebracht haben. Dafür verdienen sie den Dank der beteiligten Völker. Werden sie ihn finden?

Goldreserven ohne Auslieferung?

Vor den Verhandlungen mit den Belgiern. Das Hauptinteresse der politischen Welt sammelt sich augenblicklich um die für Mittwoch angekündigten Verhandlungen mit den Delegierten Belgiens in Berlin. Werden sie unerfüllbare Garantien verlangen, oder sollen diese Verhandlungen wirklich einmal zum Ziele führen? Der „Lemps“ und der „Intranseant“ veröffentlichen Informationen ihrer Brüsseler Korrespondenten, die aus den Kreisen der nach Berlin reisenden belgischen Unterhändler kommen. Sicheres über die belgischen Absichten läßt sich auch aus diesen Mitteilungen nicht entnehmen. Es wird nur betont, daß die Garantien so beschaffen sein müßten, daß Belgien die Schatzscheine nötigenfalls diskontieren könne. Belgien würde sich mit einer Verpfändung des Reichsbankgeldes ohne Überführung ins Ausland zufrieden geben, die Reichsbank müsse sich nur verpflichten, den entsprechenden Teil ihres Goldvorrats unter keinen Umständen anzugeben. Zur Reichsbank könne man Vertrauen haben.

Im übrigen wird zur Veruhigung der französischen Leser in beiden Berichten hervorgehoben, daß bei einer Weigerung Deutschlands natürlich die Reparationskommission zusammenzutreten, ihren letzten Beschluß aufzuheben und ein verschuldetes Belgien Deutschlands feststellen werde. Die Belgier glauben jedoch nicht, daß es so weit kommen werde. Auf deutscher Seite wird die Frage der Diskontierung der Schatzscheine nicht ohne Bedenken angefaßt, und es werden voraussichtlich schwierige Verhandlungen nötig sein, um zu einem Resultat zu kommen.

Ein Schritt Amerika.

Die Vereinigten Staaten haben nach einer Washingtoner Meldung den ersten Schritt unternommen, um in die wirtschaftlichen Angelegenheiten Europas einzugreifen. Dieser Schritt soll darin bestehen, daß die amerikanische Regierung bereits offizielle Verhandlungen mit großen europäischen Banken angestellt haben soll, um gemeinsame Schritte zur Stabilisierung der Wechselkurse zu unternehmen. Es sei möglich, daß aus diesen Besprechungen die Einberufung einer großen internationalen Konferenz hervorstehe.

Die Angelfachsen und wir.

Stimmen zur Reparationsfrage.

Wenn gerade in Amerika und England das meiste Verständnis für die Lage Deutschlands besteht, so liegt das daran, daß man geschäftlich an uns interessiert ist, oder sogar ein Übergreifen der bei uns herrschenden Nöte auf das eigene Land befürchtet. Das bestärkt auch folgende Äußerungen:

Oberst House erklärte in einer Unterredung mit einem Sonderberichterstatter der „Times“, die europäische Lage sei äußerst kritisch. Er begrüße den Deutschland gewährten Zahlungsausschub als einen Schritt in der guten Richtung und hoffe, daß vor Beendigung des Zeitraumes etwas getan werde, um die Gesamtlage auf eine einigermaßen dauernde Grundlage zu stellen. Die Frage müsse jedoch in ihrer Gesamtheit geregelt werden und nicht stückweise. Eine kleine Anleihe an Deutschland würde die tatsächliche Krise nur aufschüben. Wenn die Frage in Angriff genommen werde, so müsse dies von Grund auf geschehen. Oberst House warnte vor einem unangemessenen Optimismus, soweit die amerikanische Mitwirkung in Frage komme. Er sei sicher, daß Amerika eines Tages seinen Anteil in dem Verband der Nationen übernehmen werde. Es beständen jedoch im Augenblick politische Hindernisse.

Von anderen, weit erusterten Erwägungen vor die Rede getragen, die der englische Arbeiterführer Gemille in Southport bei einer Demonstration im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftskongress hielt.

Er sagte, in England läuben Millionen Briten

am Rande des Hungertodes und zwar nicht wegen einer Hungersnot, sondern sie hungerten und litten Entbehrungen, weil die Staatsmänner Europas die europäischen Probleme nicht im Interesse der Völker geregelt hätten. Auch der Kongreßvorsitzende Walker betonte, er sehe keinerlei Anzeichen eines Wiederauflebens des Handels. Millionen von Arbeitern würden im nächsten Winter große Entbehrungen leiden. Aber allen Arbeitern hänge wie das Schwert an einem Faden die ewig drohende Arbeitslosigkeit. Dies gereiche den Kapitalisten zum Vorteil, die diesen Vorteil bis zur äußersten Grenze ausnützten. Daher trat Walker für eine Revision des Versailler Vertrages, für die Zurückziehung der Besatzungsheere aus Deutschland und für die Wiederherstellung eines guten Einvernehmens auf dem Kontinent ein.

Es ist nicht nur in unserem eigenen, sondern im allgemeinen Interesse bedauerlich, daß derartige Stimmen der Vernunft im Auslande über allzu wenig Einfluß verfügen.

Brussa gefallen.

Die Griechen verlangen Waffenstillstand. Aus Angora kommt die Nachricht, daß die an der Südküste des Marmarameeres gelegene wichtige Stadt Brussa in den Händen der Türken ist. Der türkische Vormarsch hält auf allen Abschnitten an. Die Griechen ziehen sich in der Richtung Sakkis zurück. Der türkische Vormarsch dauert an den andern Abschnitten fort. Man befürchtet die Besetzung mehrerer griechischer Stellungen.

Die Londoner Presse berichtet, daß die griechische Regierung an die Alliierten herangetreten sei, um einen Waffenstillstand im griechisch-türkischen Kriege herbeizuführen. In maßgebenden Kreisen in London werde erklärt, daß sowohl die Lage der Griechen in Smyrna wie auch die innere Lage in Athen sehr schlecht sei. Vielleicht würden die Griechen Kleinasien freiwillig räumen. Die Stellung der Athener Regierung sei kritisch. Venizelos habe eine Einladung erhalten, nach Athen zurückzukehren. Zahlreiche griechische Blätter fordern den Rücktritt der Regierung. Im Gebiet von Eskişehir seien ungefähr 200 Geschütze von den Türken erbeutet worden. Der Fall der Stadt Usfal befähigte sich. Der Verlust der Griechen werde auf etwa 12 000 Mann geschätzt.

Die Erdrosselung der Presse

Fortschreitender Druck.

Kein Tag ohne eine neue Maßnahme, durch die der Presse das Leben erschwert, ja unmöglich gemacht wird.

Am 1. d. Mts. wurde bekannt, daß das Drudpapier auf das vierhundertzwanzigfache des Friedenspreises verteuert worden ist. Am 4. d. Mts. gaben die Papiergroßhandlungen bekannt, daß der Verleger das für den Monat September bestellte Papier zur Hälfte am nächsten Tage, also: im voraus, und den Rest bei Empfang der Rechnung zu zahlen habe. Bis jetzt durfte die Zahlung innerhalb dreißig Tagen geleistet werden. Heute heißt es: „Erst das Geld, dann die Ware.“ Für den Lokalblattverleger, der keine Möglichkeit hatte, Rücklagen zu machen, gilt es jetzt, plötzlich große Summen dem Großhändler zur Verfügung zu stellen, um das Weitererscheinen seines Blattes zu ermöglichen.

Beschwerden beim Papiergroßhandel haben keinen Erfolg. Er behauptet, von den Papierfabriken bedrängt zu werden. Die Papierfabriken wiederum schieben die Schuld auf die Zellstoff-Fabriken. Und so treibt ein Keil den andern: Die Zellstoff- die Papierfabriken, die Fabriken den Großhändler und sie alle den Zeitungsverleger. Und „den Letzten heißen die Hunde“ —

Protest gegen die Zeitungsverbote.

Nicht nur durch die wirtschaftliche Not, sondern auch durch politische Schwierigkeiten wird die Erfindung der Presse gegenwärtig schwer bedroht, besonders durch die neuerdings überhandnehmenden Zeitungsverbote. Gegen diese wurde in der dieser Tage in Weimar abgehaltenen Vorstandssitzung des Vereins Deutscher Zeitung-Verleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) e. V. eine

Protestresolution

beschlossen, in der es heißt: Der Verein Deutscher Zeitung-Verleger hatte aus Anlaß der Beratungen über das Gesetz zum Schutz der Republik der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, die Handhabung der Bestimmungen des Gesetzes werde auf die besondere Eigenart der Verhältnisse und Aufgaben der deutschen politischen Tagespresse die unbedingtestforderliche Rücksicht nehmen. Diese Erwartung hat getäuscht. Die Verwaltungspraxis hat vielmehr in zahlreichen Fällen Verbote ausgesprochen, ohne daß der gesetzliche Tatbestand für ein Verbot vorlag.

Das bisherige Vorgehen der Verwaltungsbehörden muß in nächster Zukunft zu einer Unterbindung jeglicher wirkungsvollen kritischen Besprechung, zu schließlicher Unfruchtbarkeit des politischen öffentlichen Lebens und völliger Lähmung jeden öffentlichen Be-